

Verfahrenshinweise „SeelzeDirekt“

Die Stadt Seelze wird die Internet-Plattform „LiquidFeedback“ zur Online-Bürgerbeteiligung einsetzen. Diese Verfahrenshinweise konkretisieren die Satzung zur Einführung des Online-Bürgerbeteiligungsverfahrens. Als Domainname wird www.SeelzeDirekt.de verwendet.

1. Was ist LiquidFeedback?

(Quelle: Interaktive Demokratie e.V.)

LiquidFeedback ist eine Open-Source-Software, mit der Internet-Plattformen zur demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung betrieben werden. Diese sog. „Interaktive Demokratie“ ist gekennzeichnet durch die Nutzung elektronischer Medien als neue Kommunikationskanäle zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Volksvertretern durch Einbindung in bestehende demokratische Strukturen. Die Teilnehmer/innen können sich direkt bei Themen beteiligen, bei denen sie sich auskennen/wofür sie sich interessieren, wenn es ihnen wichtig ist.

Speziell für LiquidFeedback wurde ein moderationsfreier Antragsprozess mit konstruktivem Feedback entwickelt. In einem nutzergesteuerten, selbstorganisierenden Prozess werden (ggf. konkurrierende) Anträge zunächst verbessert und schließlich abgestimmt. Hinsichtlich Fristen, Quoren und erforderlichen Mehrheiten gelten vorher festgelegte Regeln.

2. Wer kann sich an SeelzeDirekt beteiligen?

SeelzeDirekt wird als Plattform der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Seelze konzipiert, die 16 Jahre oder älter sind. Sie sollen über kommunalpolitische Themen der Stadt Seelze und gegebenenfalls ihrer Ortsteile abstimmen können.

Bürgerinnen und Bürger können sich über ein Formular im Internet registrieren. Dieses Formular wird die Angaben Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort und E-Mail-Adresse abfragen. Name, Vorname und Wohnort dienen zur Identifikation in SeelzeDirekt, Pseudonyme sind nicht erlaubt. Die Adressangabe ist für die Zusendung der Zugangsdaten erforderlich. Die Angabe von Geburtsdatum und Geburtsort dient dazu, über die Meldedaten Klarheit über die Berechtigung eines Zugangs zu erlangen.

Angezeigt werden im System lediglich Name, Vorname und Ortsteil. Über diese Bedingungen werden die Nutzerinnen und Nutzer bei der Registrierung informiert.

3. Wie können sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die keinen Internetzugang haben?

Wer keinen Zugang zum Internet hat, sich aber dennoch beteiligen möchte, für den gibt es drei Möglichkeiten:

- Es besteht die gesetzlich normierte Möglichkeit, Eingaben schriftlich an die Stadt zu senden. Wer möchte, dass die Eingabe aber dennoch im Internet zur Diskussion gestellt werden soll, sollte das auf seiner schriftlichen Eingabe ausdrücklich vermerken. Die Stadtverwaltung wird sich dann mit dem/derjenigen in Verbindung setzen, um die Eingabe auf SeelzeDirekt einzustellen. Der Initiator/die Initiatorin wird jedoch die Einschränkung hinnehmen müssen, dass er/sie mangels Internetzugang nicht in der Lage ist, zum Beispiel auf Änderungsvorschläge im Antragsprozess reagieren zu können.
- Wer nicht über einen eigenen Zugang zum Internet verfügt, kann öffentliche Zugänge nutzen, z. B. in der Stadtbibliothek Seelze.
- Wer nicht über einen Zugang zum Internet verfügt, aber dennoch per Delegation mit seiner/ihrer Stimme in SeelzeDirekt vertreten sein will, kann einen schriftlichen Antrag an die Stadtverwaltung richten. Es wird dann ein Benutzerkonto in SeelzeDirekt erstellt, dessen Stimme grundsätzlich auf eine zu benennende andere Person übertragbar ist. Dem Antragsteller/der Antragstellerin muss jedoch bewusst sein, dass mangels Zugang zum Internet die Delegation der Stimme nicht variiert werden kann, also z. B. für einzelne Themen zurückgenommen werden kann. Möglich ist aber,

ebenfalls per schriftlichem Antrag, die Löschung des Benutzerkontos zu erwirken oder die Stimme auf eine andere Person zu übertragen. Da die Identifikation durch Eingabe eines per Post zugesandten Codes in diesen Fällen wegfällt, hat sich der Antragsteller/die Antragstellerin in diesen Fällen mit einer Kopie des Personalausweises als Anlage zum Antrag zu identifizieren.

4. Was ist Gegenstand der Beteiligung?

In SeelzeDirekt sollen grundsätzlich Themen behandelt werden, für die die Stadt Seelze als Kommune zuständig ist. Drei Wege führen zur Behandlung solcher Themen:

- a) Die Verwaltung stellt satzungsgemäß sowohl eine Vorlage zur Beratung in den Gremien der Stadt als auch in SeelzeDirekt zur Diskussion.
- b) Eine Fraktion/Gruppe stellt satzungsgemäß sowohl eine Vorlage zur Beratung in den Gremien der Stadt als auch in SeelzeDirekt zur Diskussion.
- c) Bürgerinnen und Bürger stellen eigene Vorschläge zur Diskussion.

Ausgeschlossen werden Vorschläge, die strafrechtlich relevanten Inhalt haben oder gegen die guten Sitten verstoßen. Diese Vorschläge werden durch die Stadt Seelze entfernt. Im Einzelfall zu entscheiden ist über Vorschläge zu Themen, die nicht in die Zuständigkeit der Stadt Seelze fallen. So ist zum Beispiel denkbar, dass im Interesse einer breiten Meinungsfindung auch Vorschläge zu überörtlichen Themen (Beispiele: Verkehr, Energie...) den Prozess von SeelzeDirekt durchlaufen.

Hinweise zu:

Buchst. a/b) Die Stadtverwaltung/die Fraktion/Gruppe erhält einen eigenen Zugang zu SeelzeDirekt, der sie für alle Nutzer/innen erkennbar als Initiatorin eines Vorschlages ausweist. Dieser Vorschlag ist dann deckungsgleich mit der entsprechenden Vorlage für den Rat. Der Zugang der Verwaltung/der Fraktion/Gruppe erhält kein Stimmrecht.

Geplant ist, dass die Firma FlexiGuided GmbH für Seelze eine "Schnittstelle" zum Import der Beschlussvorlagen programmiert. Die Vorlagen werden mit dem gewünschten Endzeitpunkt - der Sitzung des Gremiums, auf der die jeweilige Vorlage abschließend beraten wird - versehen. Auf diese Weise eingestellte Vorschläge erzeugen ein Thema, das keine Neuphase durchläuft und sich sofort in der Diskussionsphase befindet (das 1. Quorum, sog. Themenquorum, entfällt daher). Nach Ende der Diskussionsphase können an den Vorschlägen keine Änderungen mehr vorgenommen werden (der erreichte Zustand wird „eingefroren“). Die Zeitpunkte für das Einfrieren und den Beginn der Abstimmung werden im Moment des Einstellens errechnet. Wenn weniger Zeit zur Verfügung steht, werden die Phasen gestaucht, wobei die Stauchung der Diskussionsphase gegebenenfalls stärker ausfällt als bei der Abstimmphase, damit die Abstimmphase nicht zu kurz wird. Endzeitpunkt dieser Vorschläge sollte die entsprechende Sitzung minus 48 Stunden sein, damit Zeit zur Sitzungsvorbereitung zur Verfügung steht.

Durch Teilnehmer/innen eingestellte, alternative Vorschläge zu Vorlagen der Verwaltung/der Fraktion/Gruppe unterliegen automatisch dem Zeitplan des jeweiligen ursprünglichen Vorschlages und werden wie dieser behandelt. In die Abstimmung werden schließlich jene Vorschläge übernommen, die das 2. Quorum (sog. Initiativquorum) von 10 Prozent der am Thema Interessierten erreichen. So filtert das Programm automatisch Vorschläge aus, für die sich kein/e Teilnehmer/in interessiert. Über die Vorlage der Verwaltung/der Fraktion/Gruppe wird in jedem Fall abgestimmt. Die Themen werden dann nach und nach in Abstimmung gehen, wobei die Abstimmungen der "Langläufer" zuerst beginnen. Alle Themen werden dann zeitgleich abgeschlossen.

Buchst. c) Ein von einem Teilnehmer/einer Teilnehmerin eingestellter Vorschlag, der sich auf kein bestehendes Thema bezieht, eröffnet ein neues Thema, das ab Erreichen der Diskussionsphase eine feste Laufzeit von mindestens sechs Wochen hat und im Erfolgsfall zu einer Anregung nach § 34 NKomVG (s. Ziffer 5) führt.

Ein solches Thema befindet sich zunächst in der Neuphase, in der sich entscheidet, ob das Thema von einer hinreichend großen Teilnehmerzahl für diskussionswürdig gehalten wird. Ein Thema wird in den Status "Diskussion" versetzt, wenn mindestens ein im Thema enthaltener Vorschlag 10 Prozent Unterstützung fin-

det. Da es hier zunächst darum geht, ob das Thema diskussionswürdig ist und im Diskussionsverlauf Modifizierungen des Themas zu erwarten sind, genügt beim 1. Quorum auch die potenzielle Unterstützung (Nutzer/in meldet an, dass er/sie gegebenenfalls für den Vorschlag stimmen würde, z. B. nach Einarbeitung von Änderungsvorschlägen). In diesem Fall werden alle im Thema enthaltenen Vorschläge "mitgenommen" und künftige alternative Vorschläge sind sofort in dem jeweiligen Status des Themas (Diskussion oder Eingefroren). In die Abstimmung werden schließlich jene Vorschläge übernommen, die das 2. Quorum von 10 Prozent erreichen. Da keine Veränderungen an den Anträgen mehr erfolgen, gilt in diesem Fall nur echte (nicht potenzielle) Unterstützung.

Als Grundgesamtheit ("die am Thema Interessierten") bei allen Quoren gelten die Mitglieder des übergeordneten Themenbereichs (z. B. Verkehr) sowie alle, die Interesse am konkreten Thema gezeigt haben (z. B. durch Unterstützung von Vorschläge), wobei niemand doppelt gezählt wird.

Beispiel: 28 Bürger/innen haben sich als Mitglied des Themas "Verkehr" eingetragen (und damit grundsätzlich Interesse an Einzelthemen aus diesem Bereich signalisiert). 15 Nichtmitglieder von Verkehr haben zusätzlich Interesse am konkreten Thema. Die Grundgesamtheit beträgt dann 43. Es sind 5 Unterstützer/innen bzw. potenzielle Unterstützer/innen für einen der Vorschläge erforderlich, um das gesamte Thema (und damit alle Vorschläge) in die Diskussion zu bringen. Im Fall des Initiativquorums sind in diesem Beispiel (sofern sich die Grundgesamtheit nicht im Diskussionsprozess verändert hat) 5 Unterstützerinnen erforderlich, damit über den jeweiligen Vorschlag abgestimmt werden kann.

5. Welche Konsequenzen hat die Beteiligung?

Bürgerbeteiligung kann nur erfolgreich sein, wenn ein tatsächlicher Einfluss auf Pläne und Projekte spürbar wird. Dies haben bereits die bisherigen – wenigen – Versuche in ganz Deutschland gezeigt (vgl. z. B. Kubicek/Lippa: Medienmix in der Bürgerbeteiligung). Grundsätzlich ist dieser Einfluss der Bürgerinnen und Bürger gesetzlich normiert durch die Kommunalwahl, in der sie ihre Vertreter/innen wählen.

Die Organisation zusätzlicher Bürgerbeteiligung mit Online-Instrumenten muss deshalb gewährleisten, dass dieser faktische Einfluss auf der einen Seite abgebildet wird und gleichzeitig die gesetzlich vorgegebenen Entscheidungsregeln (formale Beschlüsse durch die politischen Gremien) nicht ausgehebelt werden. Die Stadtverwaltung wird daher für wichtige Themen des eigenen Wirkungskreises

- Vorlagen der Stadtverwaltung/einer Fraktion/Gruppe parallel zur Beratung in den politischen Gremien in SeelzeDirekt zur Diskussion zu stellen und das entsprechende Ergebnis (z. B. 100 Stimmen dafür, 25 dagegen - potenzielle Unterstützer hätten sich die Ergänzungen x, y, und z gewünscht) den zuständigen Gremien der Stadt Seelze vor der abschließenden Entscheidung als Meinungsbild analog § 35 NKomVG zur Kenntnis zu geben,
- Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger, die in SeelzeDirekt die erforderlichen Quoren erreicht haben, nach erfolgreicher Abstimmung als Anregung nach § 34 NKomVG i. V. m. § 4 Abs. 6 der Hauptsatzung der Stadt Seelze behandeln. Als erforderliches Quorum wird definiert, dass mindestens zehn Prozent der Nutzer/innen, die für das jeweilige Thema Interesse angemeldet haben, einen Vorschlag unterstützen oder zumindest verfolgen. Selbstverständlich können Anregungen nach § 34 NKomVG auch weiterhin und unabhängig von SeelzeDirekt, z. B. per Mail oder Brief an die Stadt Seelze herangetragen werden.

Gesetzliche Grundlagen:

§ 35 NKomVG:

Die Vertretung kann in Angelegenheiten der Kommune eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger beschließen. Satz 1 gilt nicht in Angelegenheiten einzelner Mitglieder der Vertretung, des Hauptausschusses, der Stadtbezirksräte, der Ortsräte und der Ausschüsse sowie der Beschäftigten der Kommune. Einzelheiten sind durch Satzung zu regeln.

§ 34 NKomVG:

Jede Person hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Kommune an die Vertretung zu wenden. Die Zuständigkeiten des

Hauptausschusses, der Ausschüsse der Vertretung, Stadtbezirksräte und Ortsräte und der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten werden hierdurch nicht berührt. Die Vertretung kann dem Hauptausschuss die Prüfung von Anregungen und die Erledigung von Beschwerden übertragen. Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist darüber zu informieren, wie die Anregung oder die Beschwerde behandelt wurde. Einzelheiten regelt die Hauptsatzung.

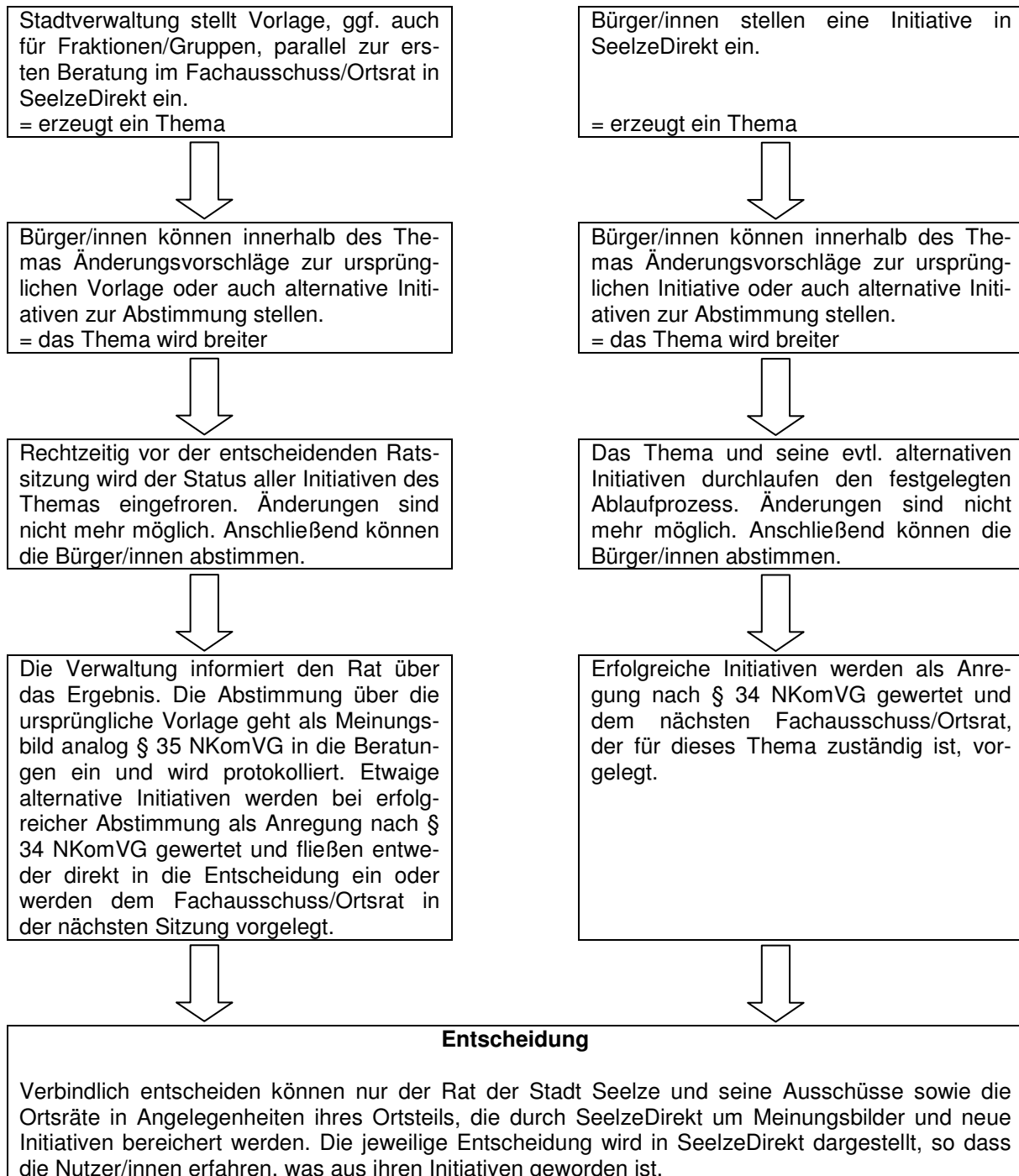
§ 4 Abs. 6 Hauptsatzung der Stadt Seelze:

Die Erledigung der Anregungen oder Beschwerden wird dem Verwaltungsausschuss übertragen, sofern für die Angelegenheiten nicht der Rat gemäß § 58 (1) NKomVG ausschließlich zuständig ist. Der Rat und der Verwaltungsausschuss können Anregungen oder Beschwerden zur Mitberatung an die zuständigen Fachausschüsse überweisen.

6. Wie erfahren die Nutzer/innen, wie die Ergebnisse in die politischen Gremien eingeflossen sind?

Die Nutzer/innen von SeelzeDirekt können auf der Webseite der Stadt Seelze für jeden erfolgreichen eigenen bzw. jeden abgestimmten Vorschlag der Stadtverwaltung einsehen, wann und wie die jeweiligen politischen Gremien sich damit befasst und welche Entscheidungen sie getroffen haben.

7. Wie funktioniert SeelzeDirekt (Ablaufschema)?



8. Rahmenbedingungen

Selbstverpflichtung

Die Ratsmitglieder und die Ortsratsmitglieder in Angelegenheiten ihres Ortsteils, die Mitglieder der Verwaltungsleitung und die Stabsstellen der Stadt Seelze verpflichten sich, nicht an Abstimmungen in SeelzeDirekt teilzunehmen. Die Fachbereichs-/Abteilungsleitungen nehmen nicht an Abstimmungen in Angelegenheiten ihrer Fachbereiche/Abteilungen teil. Die Mitarbeiter/innen sind von der Teilnahme an Abstimmungen in Angelegenheiten ihrer Abteilung/Einrichtung ausgeschlossen.

Nutzungsbedingungen

Wer sich für SeelzeDirekt anmeldet, muss separate Nutzungsbedingungen akzeptieren, in denen er/sie dem hier beschriebenen Verfahren zustimmt. Zusätzlich werden einige weitere Details geregelt werden (z. B. eine Selbstverpflichtung, den Zugang nicht mehr zu nutzen, sobald der Inhaber seinen Wohnsitz in eine andere Kommune verlegt).

Datenschutz

Einzelheiten zum Datenschutz werden in einer separaten Datenschutzerklärung niedergelegt. Zentral ist hierbei die Frage, was mit den eingegebenen Daten (Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort) geschieht. Mit Ausnahme der anzuzeigenden Daten (Name, Vorname, Ortsteil) werden diese nicht im Netz, sondern nur lokal bei der Stadt Seelze gespeichert, um eine Übersicht über die Nutzer zu haben und bei Missbrauchsverdacht eingreifen zu können. Das Vorgehen wird mit der Datenschutzbeauftragten der Stadt Seelze abgestimmt.

Vertrag zur Durchführung

Die Stadtverwaltung hat mit der FlexiGuided GmbH, Berlin (die handelnden Personen sind identisch mit dem Vorstand des Vereins Interaktive Demokratie e.V.), einen Vertrag geschlossen, mit dem das Unternehmen beauftragt wurde, die Software für die Belange der Stadt Seelze einzurichten, einen Server zum Betrieb dieser Software zu mieten und über den reibungslosen Betrieb der Software auf dem Server zu wachen.

Domain

Die Stadtverwaltung hat die Domain www.SeelzeDirekt.de registrieren lassen, die Stadt Seelze ist Eigentümer der Domain. SeelzeDirekt wird mit der Homepage der Stadt Seelze www.Seelze.de verlinkt.

Ehrenamtliche Tätigkeit für SeelzeDirekt

Multiplikatoren unter den Bürgerinnen und Bürgern, die sich beruflich oder privat in Netzthemen gut auskennen, können als Bindeglied zwischen SeelzeDirekt, der breiten Öffentlichkeit und den politischen Gremien dienen. Ehrenamtliche, die sich als Multiplikatoren zur Verfügung stellen, erhalten ggf. die Reisekosten gemäß § 7 Abs. 1 der Entschädigungssatzung der Stadt Seelze vom 23. Mai 2002 in der jeweils gültigen Fassung ersetzt.

Anleitung

Eine Anleitung für SeelzeDirekt wird auf der Homepage der Stadt Seelze und der Internet-Plattform selbst zur Verfügung gestellt.